

Absolute Mehrheiten für eine Partei gehören in der Bundesrepublik eher zur Ausnahme als zur Regel – gerade auf Bundesebene. Normalerweise braucht die stärkste Regierungspartei einen Partner zum Regieren. Die Zweidrittelmehrheit der CSU Stoibers 2003 bei der Landtagswahl bildete die Ausnahme der Ausnahme. Die Bundesrepublik zählt zu den Koalitionsdemokratien mit der Koalitionsrunde als wichtigstem Entscheidungsorgan. Üblicherweise bildet eine Volkspartei mit einer kleinen Partei eine kleine Koalition. Damit ist die Bundesrepublik überwiegend gut gefahren. Viele große Entscheidungen der bundesdeutschen Geschichte haben kleine Koalitionen durchgesetzt – oft gegen Widerstände der Opposition und trotz aller Konsenswünsche. Beispiele sind die Soziale Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung und die NATO-Nachrüstung.

Unberechenbares Parteiengefüge

Inzwischen hat sich die Parteienlandschaft diversifiziert. Entwickelt hat sich ein Fünf-Parteien-Gefüge. Die großen Parteien haben sich zuletzt verkleinert, die kleinen Parteien vergrößert. Damit fällt es ihnen schwerer, kleine Koalitionen zu konstruieren. Bereits 1994 und 1998 halfen Überhangmandate knapp, eine kleine Koalition zu bilden. Immerhin gelang es jüngst sowohl Christian Wulff als auch Roland Koch auf Landesebene, auch gegen drei Oppositionsparteien eine kleine Koalition zu bilden. Doch insgesamt hat die Parteienlandschaft an Über-

sichtlichkeit und Berechenbarkeit verloren. Außer Kombinationen von CDU/CSU und „Linker“ (mit oder ohne FDP) scheint inzwischen nahezu alles möglich. Allerdings fehlen bislang für Konstellationen wie „Schwarz-Grün“ oder „Jamaika“ (längere) Erfahrungswerte bereits auf Landesebene. Andere Kurzzeit-Konstellationen, zum Beispiel die herkömmliche Ampel, erwiesen sich in der landespolitischen Praxis bislang als notorisch ineffizient und instabil.

Der aktuelle Aufstieg der Kleinparteien und der jüngste Abstieg der Volksparteien fördern politische Bedingungen, die zu Großen Koalitionen oder gar Dreiparteien-Bündnissen beitragen können. Beide Konstellationen bieten, weil eher komplex, eine schlechtere Grundlage für möglichst kompakte und kohärente Politik als kleine Koalitionen, die normalerweise besser imstande sind, Probleme zu lösen oder zu lindern. Mehr noch: Gegen kleine Partner kann eine Volkspartei mehr eigenes Programm und Personal durchsetzen als gegen ihr Pendant. Deshalb lauern die Beteiligten einer Großen Koalition beziehungsweise einer Elefanten-Hochzeit normalerweise darauf, baldmöglichst mit einem kleinen Partner durchzubrennen.

Die Diversifizierung der Parteienlandschaft erhöht den Einfluss jener Parteien, die nach der Wahl den (vielleicht deutigen) Wählerwillen interpretieren und deuten, indem sie darüber entscheiden, wer mit wem regiert. Umgekehrt verringert die Diversifizierung der Parteienlandschaft

den Einfluss der Wähler vor der Wahl. Weniger als früher können die Wähler vor Wahlen abschätzen, was die Gewählten mit den Wählerstimmen nach der Wahl wohl anstellen werden. An der Wahlurne können die Wähler nun schlechter einer bestimmten Konstellation den Weg ebnen. Unberechenbarer wird für die Wähler, wen oder was sie wählen, aber auch wer gegebenenfalls nach einer Wahl in einer (Dreier-)Koalition wofür verantwortlich ist. Umgekehrt fällt es den Parteien vor Wahlen schwerer, sich eindeutig darauf festzulegen, mit wem sie nach Wahlen koalieren und welchen politischen Kurs sie verfolgen werden. Die Veränderungen in der Parteienlandschaft mindern insofern den Einfluss der Wähler, deren Bindungen an Parteien sich seit längerer Zeit lockern; das Wahlverhalten ist volatiler und instabiler als früher; weniger Wähler binden sich dauerhaft an eine Partei.

Kleine Mehrheitsbeschaffer

Abgesehen vom Sonderfall „Große Koalition“, praktizierten die Parteien in der Bundesrepublik auf Bundesebene über Jahrzehnte im Wechsel zwei stabile Koalitionsmodelle: die schwarz-gelbe oder sozial-liberale Konstellation. Die kleine FDP, lange Zeit die Dauerregierungspartei, agierte faktisch als die Kanzler-Macherin, die rechnerisch (und programmatisch) mit beiden Volksparteien koalieren konnte und deshalb realiter bestimmte, wer (nicht) ins Kanzleramt einzog – zwischen 1961 und 1983 waren rechnerisch stets beide Bündnisse möglich: sowohl eine CDU/CSU-FDP-Koalition als auch eine SPD-FDP-Koalition. Die flexiblen Freidemokraten fungierten als Zünglein an der Waage und ebneten mehrfach sogar der kleineren Volkspartei den Weg in die Bonner Regierungszentrale, zum Beispiel nach den Bundestagswahlen 1969, 1976 und 1980; Helmut Kohl 1976, aber auch Strauß 1980 erlangten deutlich mehr

Stimmen, als Helmut Schmidt jeweils eingefahren hatte. Damit unterstrich die FDP, wie einflussreich kleinere Parteien in der Bundesrepublik sein können. Doch beide Partnerwechsel der FDP verwirrten und beunruhigten viele FDP-Anhänger – vor allem jene, die auf den jeweils verlassenen Partner festgelegt waren. Gerade auch deshalb wagte die FDP den Wechsel bislang nur zweimal.

Erst später, 1983, begann mit den Grünen eine weitere Kleinpartei, sich bundesweit als vierte Kraft in der Parteienlandschaft zu verwurzeln; sie raubte der FDP ihre Monopolstellung als einziger Partner für eine kleine Koalition. Hinzu kommt nun die „Linke“. Ihr ist gelungen, was seit 1949 viele Parteien versucht, aber bislang nur die Grünen geschafft haben: mehr als nur ein politisches Strohfeuer zu entzünden und einem dauerhaften Splitterpartei-Schicksal zu entrinnen. Nach den Grünen, der neuen Partei der Besserverdienner, scheint sich mit der „Linken“ auf Bundesebene vorerst eine weitere Partei neben der SPD zu etablieren. Die starke Präsenz der Neo-SED im Bundestag verhinderte bereits 2005 eine Mehrheitsbildung nach altem Muster. Die „Linke“ agierte insofern – zumindest indirekt – in einer Schlüsselposition als Zünglein an der Waage. Mehr noch: Solange sich die SPD – in NRW und anderswo – zunehmend für Kollaborationen mit der „Linken“ öffnet, adelt sie die SED-Fortsatzungspartei Lafontaines und Gysis sogar zur potenziellen Regierungspartei. Damit macht sie die „Linke“ noch interessanter für Wähler.

Ohne die gestärkte „Linke“ (gesamtdeutsch inzwischen mit Fraktionen in zehn von sechzehn Landtagen; insgesamt 242 MdL, MdB und MdEP) werden die geschwächten Sozialdemokraten bis auf Weiteres in den meisten Bundesländern und im Bund kaum den Regierungschef stellen. Wenn sie aber wieder mehr Regierungschefs stellen wollen,

werden sie bei der Wahl ihrer Mittel und Partner kaum wählervisch sein können. Die weiterhin, auch unter Müntefering, schwächelnde SPD braucht bis auf Weiteres die gestärkte „Linke“ als Mehrheitsbeschaffer, eine Partei, die den Sozialdemokraten maximal schaden und von einer Verschärfung der Krise in Deutschland profitieren will. Letztlich wird Rot-Rot-Grün gemeinsam in den meisten Fällen mehr Stimmen einfahren als Rot-Grün allein. Wenn Rot-Rot-Grün kollaboriert, erhöhen die Beteiligten damit ihre Chancen, gegen Schwarz-Gelb eine Mehrheit zu erringen. Davon wollen Müntefering und Steinmeier ablenken, indem sie von einer Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP fabulieren.

Mögliche Dreier-Bündnis

Immerhin hat Müntefering Ende 2008 erstmals, im Schatten der Finanzkrise, öffentlich klar ausgesprochen, worum es im Verhältnis der SPD zur „Linken“ geht: „Wenn es uns gelingt, mehr sozialdemokratische Ministerpräsidenten zu stellen, würde uns das helfen, mehr, als es schadet.“ Seine Partei könne „so auch machtpolitisch ein Zeichen setzen“. Das gelte demnächst für Thüringen und das Saarland wie überall in Deutschland. Eine Kollaboration der SPD mit der Neo-SED rege, meint Müntefering, „die Menschen nicht mehr auf“. Inwieweit das für das gesamte SPD-Wähler- und Mitgliederpotenzial gilt, bleibt abzuwarten. Immerhin hat Andrea Ypsilanti in Hessen eine Mitgliederbefragung wohlweislich gescheut. Stattdessen hat sie Jubelparteitage inszeniert, die ihre Kollaborationswünsche mit der Neo-SED „absegneten“.

Die letzten Jahre haben überdeutlich gezeigt: Ohne eine Zusammenarbeit mit der „Linken“ wird die SPD – deutlicher noch als früher – vorerst ihr wichtigstes Ziel verfehlen: die Unionsparteien von der Regierung möglichst fernzuhalten und selbst in Regierungszentralen ein-

zuziehen. Denn „Opposition ist Mist“, meint Müntefering. Bereits Andreotti, praktizierender Machiavellist, spottete: „Die Macht ruiniert den, der sie nicht hat.“ Zuvor hatte Edward Heath kurz nach Übernahme der Regierung gegenüber der Labour-Opposition gehöhnt: „Die ersten zehn Jahre Opposition sind die schwierigsten. Danach geht es langsam aufwärts.“

Inhaltlich gibt es keine unüberwindbaren Hindernisse für Rot-Rot-Grün. Kein Dreier-Bündnis wäre sachpolitisch koärender als Rot-Rot-Grün; es müsste als einziges Dreier-Bündnis keine Lagergrenze überwinden. Inhaltlich sind sich SPD, Grüne und „Linke“ schon heute näher, als sie vorgeben – gerade auf Bundesebene (im Bundesrat kooperieren SPD und Linke ja schon seit einigen Jahren). Seit längerer Zeit gibt es in der SPD Überlegungen, die Rente mit 67 (die Ausnahmen für Schwerstarbeiter kennt) weiter auszuhöhlen, womit höhere Beiträge beziehungsweise Steuerzuschüsse und/oder niedrigere Renten drohen. Hartz IV ist bereits „entschärft“ und wird wohl weiter „entschärft“. In der Diskussion über einen gesetzlichen Mindestlohn, der viele Produkte und Dienstleistungen verteuerte sowie Beschäftigung vernichtete, diskutieren SPD und „Linke“ nur noch über das „Wie hoch?“ statt über das „Ob“; unter dem Druck der öffentlichen Debatte und befeuert von der „Linken“, fordern inzwischen weite Teile des DGB und der SPD einen gesetzlichen Mindestlohn, der die Tarifautonomie unterminierte.

Die Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion für den Friedenseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan beruht im Kern lediglich auf großkoalitionärer Räson – gerade auch hier also keine allzu hohe Hürde für Rot-Rot-Grün. Umso mehr versuchen Sozialdemokraten nun, Gemeinsamkeiten von SPD und „Linker“ klein- und Differenzen großzureden. Deshalb

zünden sie nun serienmäßig Nebelkerzen. Doch auch an der Person Lafontaines wird sich wohl kein Spitzenkandidat der SPD stören, wenn er (nur) mithilfe der „Linke“ Regierungschef werden kann, um so sich und seiner Partei ein politisches Erfolgserlebnis zu bescheren. Hinzu kommt: Aus dem aktuellen Bundestag werden namhafte SPD-Pragmatiker ausscheiden; über die Landeslisten wollen (und werden wohl) viele „linke“ Abgeordnete in die SPD-Bundestagsfraktion nachrücken.

Schwierige Kompromisse

Steinmeier wird ohne die „Linke“ kaum die Kanzlerschaft erringen können. Denn Rot-Grün allein ist offenkundig viel zu schwach, und eine klassische Ampel scheint derzeit wenig realistisch. Um eine Regierungsmehrheit ohne die „Linke“ zu bilden, bräuchten SPD und Grüne wahrscheinlich die FDP. Heftig umwarb die SPD die FDP bereits nach der Bundestagswahl 2005. Seinerzeit beklagte der FDP-Chef gar politisches Stalking durch die SPD. Mittlerweile wächst die FDP in Umfragen, aber auch bei Wahlen. Gerade heute – in Zeiten schwieriger Kompromisse – punktet die FDP. Sie scheint stark von ihrer Oppositionsexistenz zu profitieren; das Projekt 18 rückt näher – gerade auch durch die neue Ernsthaftigkeit und Seriosität der FDP unter Westerwelle.

In Hessen profitierte sie von ihrer klaren Haltung in der Koalitionsfrage. Auch wenn die SPD sie gern herbeiredet: Eine rot-gelb-grüne Regierung ist weniger wahrscheinlich als ein schwarz-gelbes Bündnis. Alles andere als Schwarz-Gelb wäre für die FDP strategisch ein echter

Sprung ins Dunkle, weil die inhaltlichen Schnittmengen zwischen Union und der FDP ein solches Bündnis nahelegen.

Wichtig bleibt es schließlich, die Freien Wähler ernst zu nehmen, gerade nach ihrem großen Wahlerfolg bei der jüngsten Landtagswahl in Bayern, der sie erstmals in ein Landesparlament brachte: Gesamtdeutsch gehören nach ihren eigenen Angaben mehr Mitglieder zu den Freien Wählern als zu FDP, Grünen und „Linker“ zusammen: 280 000; in Baden-Württemberg werden 44 Prozent der Gemeinderäte von den Freien Wählern gestellt. Nun will die Gruppierung an der kommenden Europawahl teilnehmen. Damit eröffnet sich den Freien Wählern eine Chance, an der staatlichen Parteienmitfinanzierung zu partizipieren. Andererseits mutiert die Gruppierung damit mehr oder minder zu einer normalen Partei und verliert damit möglicherweise erheblich an Attraktivität bei ihrer Klientel. Auch wenn die Freien Wähler an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern sollten: Sie könnten, zumindest bei der Europawahl, insbesondere den Unionsparteien wichtige oder gar entscheidende Stimmen entziehen, gerade der CSU. Letztlich bleibt abzuwarten, inwieweit und wie tief die Finanz- und Wirtschaftskrise die Parteienlandschaft durchpflügt: Was passiert, wenn die Arbeitslosigkeit massiv steigt? Profitieren dann eher Parteien, die (auch) über wahrgenommene Wirtschaftskompetenz verfügen, oder punkten dann eher reine Umverteiler? Das letzte Wort jedenfalls haben nach wie vor die Wähler, die mit ihren Stimmen Koalitionsperspektiven billigen oder verwerfen können.